

Stadtverordnetenversammlung

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 14.05.2008

Niederschrift

der 16. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, dem 08.05.2008,
Kleiner Saal, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 18:00 - 23:20 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Dieter Gail **Stadtverordnetenvorsteher**
Herr Jörg Asboe
Herr Diedrich Backhaus
Herr Jürgen Becker
Frau Karen-Heide Bernard
Herr Markus Böhm-Högy
Frau Ursula Bouffier
Herr Dr. Helge Reinhold Braun (ab 20:10 Uhr)
Herr Dr. Johannes Dittrich
Herr Prof. Dr. Klaus Kramer
Frau Dorothe Küster
Herr Klaus Peter Möller
Herr Michael Oswald
Herr Axel Pfeffer
Frau Julia-Christina Sator
Herr Jörg Schreiber
Frau Christine Wagener
Frau Ute Wernert-Jahn
Herr Carsten Zörb

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Wolfgang Bellof
Frau Inge Bietz
Frau Ika Veronika Bordasch
Herr Alfons Buchholz
Frau Astrid Eibelshäuser

Herr Dieter Geißler
Frau Dietlind Grabe-Bolz
Frau Hannelore Kraushaar-
Hoffmann
Frau Dr. Ulrike Krautheim
Herr Rolf Krieger
Frau Elisabeth Langwasser
Herr Michael Puhl
Herr Gerhard Merz
Herr Burkhard Schirmer
Frau Renate Schlotmann
Herr Peter Sommer
Herr Frank Walter Schmidt
Herr Mehmet Tanriverdi
Herr Andreas Walldorf

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen
Herr Gerhard Greilich
Herr Klaus-Dieter Grothe
Frau Susanne Lehne
Frau Maren Kolkhorst
Frau Edith Nürnberger
Herr Christian Otto
Frau Dr. Bettina Speiser

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Prof. Dr. Aris Christidis
Herr Michael Beltz
Herr Michael Janitzki
Herr Tjark Sauer

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Frau Annette Greilich
Herr Dr. Klaus Dieter Greilich
Herr Harald Scherer

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Heiner Geißler
Herr Johannes Zippel

Stadtverordnete der Bürgerliste Gießen:

Frau Elke Koch-Michel

(ab 20:50 Uhr)

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann	Oberbürgermeister
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Herr Thomas Rausch	Stadtrat
Herr Dr. Volker Kölb	Stadtrat
Frau Karin Bouffier-Pfeffer	Stadträtin
Herr Prof. Dr. Heinrich Brinkmann	Stadtrat
Herr Egon Fritz	Stadtrat
Frau Monika Graulich	Stadträtin
Herr Dr. Bernhard Höpfner	Stadtrat
Herr Dr. Reinhard Kaufmann	Stadtrat
Frau Susanne Koltermann	Stadträtin
Herr Kenneth Pukownick	Stadtrat
Herr Wolfgang Sahmland	Stadtrat
Herr Dieter Scholz	Stadtrat

Von der Verwaltung:

Herr Lars Burkhard Steinz	Dezernat I	(ab 18:15 Uhr)
Herr Dietrich Metz	Leiter des Rechtsamtes	
Herr Dirk During	Leiter der Kämmerei	(bis 20:20 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Schriefführer, Büroleiter
Frau Andrea Allamode	Stellv. Schriefführerin

Entschuldigt:

Frau Anja-Verena Helmchen	CDU-Fraktion
Herr Dieter Kräske	CDU-Fraktion
Frau Eva Janzen	SPD-Fraktion
Herr Mohamed Ibrahim	Vorsitzender des Ausländerbeirates

Stadtverordnetenvorsteher Gail eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Er teilt mit, dass an die Stelle des Mitgliedes der Stadtverordnetenversammlung, **Frau Karin Losert**, CDU, die ihr Mandat niedergelegt hat, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften aus der Liste der CDU

Herr Markus Böhm-Högy, Gleiberger Weg 6, 35398 Gießen,
in die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen nachrückt.

Vorsteher stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, beantragt, die Tagesordnungspunkte 30 und 31 „Modifizierte Ausfallbürgschaften“ (STV/1618/2008 und STV/1620/2008) in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, spricht formal dagegen.

Sodann lässt **Stadtverordnetenvorsteher Gail** über den Antrag, die Vorlagen in öffentlicher Sitzung zu behandeln, abstimmen: Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: LINKE).

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, stellt für die Vorlage „Verkehrsversuch in Wieseck, Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008, STV/1651/2008“ unter TOP 22 den Geschäftsordnungsantrag auf Unzulässigkeit gem. § 26 Abs 6 GO (Anträge, die mit ihrem wesentlichen Inhalt in den letzten zwölf Monaten vor Eingang beim Stadtverordnetenbüro bereits Gegenstand einer Beratung in der Stadtverordnetenversammlung oder in einem Ausschuss waren, sind unzulässig).

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag und erklärt, laut Geschäftsordnung, habe er das recht, den Antrag inhaltlich zu begründen.

Dem widersprechen Vertreter der Koalition.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, bittet, die Tagesordnungspunkte 12 und 12.1 (Berichts Antrag zu den Magistratsgehältern, STV/1642/2008 und Neueingruppierung der hauptamtlichen Mitglieder des Magistrats der Universitätsstadt Gießen, STV/1660/2008) statt in Teil B in Teil C der Tagesordnung zu behandeln.

Stadtverordnetenvorsteher Gail schlägt vor, die Vorlagen als „neue“ Tagesordnungspunkte 27 und 27.1 zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich beantragt, die Frage des Stv. Prof. Dr. Christidis gem. § 30 GO - Gießener Jugendamt - in nicht öffentlicher Sitzung unter dem TOP 29 - Fragestunde für nicht öffentliche Angelegenheiten - zu behandeln, da personenbezogene Daten von identifizierbaren Mitarbeitern abgefragt werden sowie aus einem weiteren Grund, der nicht in öffentlicher Sitzung genannt werden könne.

Stv. Prof. Dr. Christidis, Die Linke.Fraktion, spricht gegen den Antrag.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich beantragt die Einberufung des Ältestenrates.

Die Sitzung wird von 18:20 Uhr bis 18:46 Uhr für eine Sitzung des Ältestenrates unterbrochen.

Stadtverordnetenvorsteher Gail teilt mit, die Mitglieder des Ältestenrates haben sich darauf verständigt, Stv. Janitzki die Möglichkeit zu geben, inhaltlich zu begründen, warum der Antrag (STV/1651/2009) auf der Tagesordnung bleiben müsse. Danach werde die Stadtverordnetenversammlung abstimmen, ob der Antrag von der Tagesordnung genommen werde oder nicht.

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, trägt als Begründung vor, dass der Antrag nicht mit der von Stv. Scherer genannten Vorlage STV/1276/2007 übereinstimme, sondern eine zusätzliche Verkehrszählung beinhalte.

Sodann lässt **Vorsitzender** über den Antrag auf „Unzulässigkeit“ des Antrages STV/1651/2008 abstimmen. **Beratungsergebnis:** Mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/GR/FDP/FW; Nein: LINKE; StE: SPD).

Danach lässt der Vorsitzende über den Antrag, die Frage des Stv. Prof. Dr. Christidis in nicht öffentlicher Sitzung zu beantworten, abstimmen. **Ergebnis:** Mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: 2 LINKE; StE: 2 LINKE).

Nachdem keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen werden, stellt **Vorsitzender** fest, dass die Tagesordnung somit in der geänderten Form beschlossen ist.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Ansprache des Oberbürgermeisters anlässlich des 6. internationalen Israel-Tages am 08.05.2008
2. Fragestunde
- 2.1. Frage der Stv. Eibelshäuser gem. § 30 GO - TREA - ANF/1675/2008

Teil A (Vorlagen des Magistrats, die Aussprache ist möglich):

3. 3. Richtlinie zur Änderung der Richtlinien über die Verleihung des Umweltpreises der Universitätsstadt Gießen STV/1564/2008
- Antrag des Magistrats vom 13.02.2008 -

4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. GI 01/23 St. Josefs Krankenhaus;
hier: - Entscheidung über die vorgebrachten Anregungen aus der 1. und 2. Offenlegung
- Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 11.03.2008 - STV/1598/2008
 5. Abweichungsverfahren zum Regionalplan Mittelhessen 2001;
hier: Vorhaben der Fa. BIEBER + MARBURG GmbH & Co. KG
- Antrag des Magistrats vom 12.03.2008 - STV/1604/2008
 6. Bebauungsplan GI 01/24 Braugasse;
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrates vom 26.03.2008 - STV/1612/2008
 7. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 65 -
- Antrag des Magistrats vom 31.03.2008 - STV/1615/2008
 8. Landesgartenschau 2014;
hier: Entscheidung zur Vorbereitung und Durchführung der Landesgartenschau 2014 in Gießen, über den städtischen Zuschuss für Maßnahmen des Durchführungshaushaltes sowie der Mittelbereitstellung für 2008
- Antrag des Magistrats vom 03.04.2008 - STV/1621/2008
 9. Umgestaltung der Bahnhofstraße von der Neustadt bis zur Westanlage
hier: Projektgenehmigung des Gestaltungsentwurfes
- Antrag des Magistrats vom 08.04.2008 - STV/1635/2008
 10. Bedingungen der Stadt Gießen zur Veräußerung von Grundstücken zum Zwecke der Wohn- und Gewerbebebauung
- Antrag des Magistrats vom 08.04.2008 - STV/1636/2008
- Teil B** (Anträge der Fraktionen, die *ohne* Aussprache abgestimmt werden):
11. Umzug des Landratsamtes Gießen
- Antrag der FW-Fraktion vom 07.04.2008 - STV/1622/2008

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 12. | Ausstehender Bericht zu den Sprach- und Integrationsangeboten für Migrantinnen und Migranten
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1654/2008 |
| 13. | Entwicklung der Gießen Marketing GmbH
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1659/2008 |
| 14. | Ergänzung Stellplatzsatzung
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 14.04.2008 - | STV/1663/2008 |
| 15. | Nachhaltiges Beschaffungswesen
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 14.04.2008 - | STV/1664/2008 |

Teil B (Anträge der Fraktionen, die *mit* Aussprache behandelt werden):

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 16. | Dach-Café
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1643/2008 |
| 17. | Gießen-Pass
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1645/2008 |
| 18. | Freilandversuch mit "Gen-Gerste"
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1649/2008 |
| 19. | Kinderbetreuung
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1646/2008 |
| 20. | Antrag zum Gedenken an Georg Büchner anlässlich des 175. Jahrestages seines Aufenthaltes in Gießen
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1648/2008 |
| 21. | Verkehrsversuch in Wieseck
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1651/2008 |
| 22. | Antrag zur Formulierung der Tagesordnungspunkte in nicht öffentlichen Sitzungen
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1652/2008 |
| 23. | Weiterer Raum für die Georg-Büchner-Schule
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1655/2008 |

- | | | |
|-------|--|---------------|
| 24. | Stadtwerke Gießen GmbH - Personalüberleitungsvertrag
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1657/2008 |
| 25. | Sportentwicklungsplanung Stadt/Landkreis
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1658/2008 |
| 26. | Entwicklung eines Museumskonzeptes zur Geschichte der
Stadt Gießen als Garnisonsstadt
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 14.04.2008 - | STV/1661/2008 |
| 27. | Berichtsantrag zu den Magistratsgehältern
- Antrag der FW-Fraktion vom 13.04.2008 - | STV/1642/2008 |
| 27.1. | Neueingruppierung der hauptamtlichen Mitglieder des
Magistrats der Universitätsstadt Gießen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1660/2008 |
| 28. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. **Ansprache des Oberbürgermeisters anlässlich des 6. internationalen Israel-Tages am 08.05.2008**

Anlässlich des 6. internationalen Israel-Tages hält **Oberbürgermeister Haumann** folgende Ansprache:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, der Israel-Tag, welcher jedes Jahr an einem Tag im Mai begangen wird, fällt in diesem Jahr auf den 08.05. und damit auch auf unsere Stadtverordnetensitzung. Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen, ein paar wenige Worte dazu zu verlieren. Meine Damen und Herren, der Israel-Tag - das bedeutet für mich persönlich: Die Beschäftigung mit diesem faszinierenden Land, dem Staat Israel, mit seinen Problemen und Herausforderungen, mit denen er konfrontiert ist. Ich blicke auf die Konflikte, in die Israel verstrickt ist, und die Bedrohungen, denen Israel ausgesetzt ist.

Gleichzeitig weiß ich aber auch: Wir alle in Deutschland, in Gießen, blicken auf Israel mit den Augen eines Freundes mit der Empfindung der Sorge, aber auch voller Neugierde und Interesse für das, was in diesem Land passiert. An dieser Stelle darf ich aber auch sogleich bemerken, dass die freundschaftliche und interessierte Nähe zu Israel selbstverständlich auch die Pflicht zum kritischen Hinterfragen mit einschließt. Es verhält sich so, dass die Israelis durchaus mit kritischen Fragen umgehen können. Israel ist der einzige freiheitliche und demokratische Staat im Nahen Osten, Israel ist eine

rechtsstaatliche und pluralistische Demokratie. In Israel tobt wie bei uns die offene Auseinandersetzung in den Medien. Kritische Fragen zu stellen ist deshalb selbstverständlich.

Unser Interesse an und für Israel wurzelt dabei auch in der historischen Verantwortung von uns Deutschen. Die Gründung Israels vor fast 60 Jahren hängt wesentlich mit den NS-Verbrechen zusammen, die von Deutschland ausgegangen sind. Hieraus erwächst für uns die Verantwortung für die Vergangenheit und die Verbindung in der Gegenwart und in der Zukunft. Dabei durfte ich selbst persönlich die Erfahrung machen, zuletzt war ja eine Delegation der Stadt Gießen in Israel und in unserer Partnerstadt Netanya, dass man als deutscher Besucher in Israel nicht mit Vorwürfen konfrontiert wird. Ganz im Gegenteil: Wir heutigen Deutschen werden von Israelis als Freunde empfangen. Das ist nicht selbstverständlich, und das erfüllt mich mit tiefer Dankbarkeit.

Die Israelis erwarten von uns Deutschen auch eine kritische und aufrichtige Freundschaft. Israelis wünschen sich, dass wir uns für Israel interessieren, dass wir ihre Probleme verstehen, dass wir die Herausforderungen verstehen, mit denen diese einzige Demokratie im Nahen Osten jetzt seit fast 60 Jahren lebt und leben muss.

Israel erwartet von uns zu Recht unser freundschaftliches und fragendes Interesse. Nur so ist unsere Freundschaft auch wirklich zukunftsfähig, nur so wird sie der Verantwortung gerecht, die aus der Geschichte erwächst. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche uns allen, dass der heutige Tag diesem Anspruch gerecht wird. Auch in Gießen stehen wir an der Seite Israels, wir sind Freunde Israels. Ich hoffe sehr, dass etwas vom Geist des heutigen Israel-Tages auch auf unsere heutige Stadtverordnetenversammlung abstrahlt. Auch wir sollten kritisch und aufmerksam miteinander umgehen, und dabei nicht vergessen, dass wir alle das Wohl unserer schönen Stadt Gießen im Auge haben. Ich danke Ihnen.“

2. Fragestunde

2.1. Frage der Stv. Eibelshäuser gem. § 30 GO - TREA - ANF/1675/2008

Anfrage:

Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich gab in der Stadtverordnetenversammlung am 05.07.2007 zu Protokoll, dass die Stadtwerke einen privatrechtlichen Vertrag mit der Stadt eingehen werden, in dem sie sich verpflichten, die Grenzwerte wie sie von der 17 BlmSch vorgegeben werden, dauerhaft deutlich zu unterschreiten. **Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:** „Ist mittlerweile ein privat-rechtlicher Vertrag zwischen Stadt und Stadtwerke bezüglich des Betriebs einer TREA vereinbart bzw. liegt ein Entwurf vor?“

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: „Es liegt ein Vertragsentwurf der Stadtwerke vor.“

1. Zusatzfrage: „Falls ja, wann wird der Vertragstext der Stadtverordnetenver-

sammlung zur Kenntnis gegeben?“

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: „Der Vertragstext wird nach Abschluss den Stadtverordneten zur Kenntnis gegeben.“

2. Zusatzfrage: „Falls nein, wann kann mit dem Vertragsabschluss gerechnet werden.“

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: „Verhandlungsgespräche mit dem Ziel eines Vertragsabschlusses werden erst nach abgeschlossenem Genehmigungsverfahren der TREA bzw. der Übersendung des endgültigen Bescheides des Regierungspräsidenten erfolgen.“

3. Zusatzfrage der Fraktion (Stv. Merz): „Frau Bürgermeisterin, wann wird mit dem Vorliegen der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten zu rechnen sein, jetzt in Daten ausgedrückt?“

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: „Ich weiß nicht, wann der Regierungspräsident entscheidet.“

Teil A (Vorlagen des Magistrats, die Aussprache ist möglich):

- 3. 3. Richtlinie zur Änderung der Richtlinien über die Verleihung des Umweltpreises der Universitätsstadt Gießen** **STV/1564/2008**
- Antrag des Magistrats vom 13.02.2008 -
-

Antrag:

„Die Richtlinie für die Verleihung des Umweltpreises der Universitätsstadt Gießen wird gemäß der Anlage geändert.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

- 4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. GI 01/23 St. Josefs Krankenhaus;** **STV/1598/2008**
hier: - Entscheidung über die vorgebrachten Anregungen aus der 1. und 2. Offenlegung
- Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 11.03.2008 -
-

Antrag:

„1. Die Anregungen der Trägern öffentlicher Belange zum offen gelegten zweiten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes werden mit den aus der Anlage 1 hervor gehenden Ergebnissen abgewogen.“

2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. GI 01/23 „St. Josefs Krankenhaus“ (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen (Anlage 2).
3. Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen gemäß § 81 Hess. Bauordnung (HBO) und die wasserrechtliche Satzung gemäß § 42 Abs. 3 Hess. Wassergesetz (HWG) werden als Satzungen beschlossen und gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.
4. Die Satzungsbeschlüsse vom 05.07.2007, Vorlagen-Nr. STV 1002/2007 werden aufgehoben.
5. Der Magistrat wird beauftragt, die Satzungsbeschlüsse ortsüblich bekannt zu machen.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

5. **Abweichungsverfahren zum Regionalplan Mittelhessen 2001;** **STV/1604/2008**
hier: Vorhaben der Fa. BIEBER + MARBURG GmbH & Co. KG
- Antrag des Magistrats vom 12.03.2008 -
-

Antrag:

- „1. Dem anliegenden Antrag mit Begründung auf Abweichung vom Regionalplan Mittelhessen 2001 im Bereich des Steinberger Wegs/Fa. BIEBER + MARBURG zur Erweiterung des Bereiches für Industrie und Gewerbe wird zugestimmt.
2. Die Stadt Gießen unterstützt ausdrücklich das Vorhaben der Fa. BIEBER + MARBURG zur Erweiterung des Betriebsgeländes.“

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache einstimmig beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; StE: LINKE).

6. **Bebauungsplan GI 01/24 Braugasse;** **STV/1612/2008**
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrates vom 26.03.2008 -
-

Antrag:

- „1. Die Anregungen von Seiten der Öffentlichkeit aus der Offenlegung des Planentwurfes GI 01/24 „Braugasse“ gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und den Trägern öffentlicher Belange aus der parallelen Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB werden mit dem aus der Anlage 2 hervor gehenden Ergebnis abgewogen.

2. Der Bebauungsplan GI 01/24 „Braugasse“ (Anlage 3) wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wird beschlossen.
3. Teil B (bauordnungsrechtliche Festsetzungen) der textlichen Festsetzungen wird gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) als Satzung beschlossen und i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.
4. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

**7. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 65 - STV/1615/2008
- Antrag des Magistrats vom 31.03.2008 -**

Antrag:

„Bei der Haushaltsstelle 2.2810040.940500 - Erweiterung der RHS - Ganztagsbetreuung - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

67.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Haushaltsstelle 2.2300040.940330 - Dachsanierung Herderschule -.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

**8. Landesgartenschau 2014; STV/1621/2008
hier: Entscheidung zur Vorbereitung und Durchführung
der Landesgartenschau 2014 in Gießen, über den
städtischen Zuschuss für Maßnahmen des
Durchführungshaushaltes sowie der Mittelbereit-
stellung für 2008
- Antrag des Magistrats vom 03.04.2008 -**

Antrag:

"1. Der Magistrat wird die Vorlage zur Vorbereitung und Durchführung der LGS 2014 in Gießen bei der Fördergesellschaft Landesgartenschauen einreichen und mit dieser einen Durchführungsvertrag abschließen.

2. Zur Vorbereitung des kurzfristig durchzuführenden Wettbewerbes unter Federführung von Landschaftsarchitekten und Städteplanern, ist eine Bearbeitungs- und Entscheidungsgrundlage, die auf der Machbarkeitsstudie fußt, zu erarbeiten.

Für diese anstehenden vorbereitenden Aufgaben ist die Einrichtung einer eigenen Haushaltsstelle 'Landesgartenschau 2014' erforderlich. Für 2008 sind finanzielle Mittel in Höhe von 100.000 € notwendig. Die entsprechende außerplanmäßige Ausgabe wird genehmigt (s. Anlage).

3. Für die nichtinvestiven Maßnahmen des Durchführungshaushaltes ist ein städtischer Zuschuss von 2.600.000 € vorgesehen, der aus allgemeinen Haushaltsmitteln bereitzustellen ist.
4. Der Magistrat legt einen Gesamtkostenplan bis zum 3. Quartal 2009 vor. Der Kostenplan ist von der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.“

Auf Antrag der **Stv. Grabe-Bolz**, SPD-Fraktion, werden die nachstehenden Ausführungen von Bürgermeisterin Weigel-Greilich wörtlich protokolliert.

Bürgermeister Weigel-Greilich:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, am 08.12.2005 hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass sich die Stadt Gießen mit der Machbarkeitsstudie ‚Auf zu neuen Ufern‘ um die Ausführung der Landesgartenschau 2014 bewerben soll. Die Hessische Landesregierung hat sich in ihrer Kabinettsitzung am 17.03.2008 für die Stadt Gießen als Standort der 5. Hessischen Landesgartenschau entschieden. Diese Entscheidung zugunsten Gießens hat der Magistrat mit großer Freude wahrgenommen, bieten sich für die Stadt doch enorme zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten. Das Konzept, mit dem sich Gießen beworben hat, geht neue Wege.

In den letzten Jahren haben sich die Inhalte von Landesgartenschauen zunehmend gewandelt. Von der Leistungs-Blumenschau hin zu nachhaltig städtebaulichen Konzepten mit sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Elementen. Genau in diese Richtung zielen auch unsere Maßnahmen. Wir wollen die Stadt als mittelhessisches Oberzentrum stärken und damit positive Impulse für die Stadt- und Regionalentwicklung setzen, die nachhaltig das Image der Stadt und der Region verbessern. Die Landesgartenschau soll dazu beitragen, die Stadtentwicklung unter umweltpolitischen und ökologischen Gesichtspunkten weiterzuentwickeln und damit auch insbesondere den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Tourismus zugute kommen. Unser Konzept zur Landesgartenschau sieht zwei Kernzonen vor. Einmal das städtische Naherholungsgebiet Wieseckau/Schwanenteich, wo die Themengärten und die Kleingärtenanlagen ihren Platz finden sollen. Die zweite Kernzone liegt in der Lahnaue/Schlachthof und Hessenhallen. Hier sollen die klassischen gärtnerischen Leistungsschauen stattfinden. Die beiden Kernzonen sollen durch drei grüne Ringe verbunden werden. In der Nordstadt stellt ein Rad- und Gehweg die Verbindung zwischen Lahn- und Wieseck-Aue her. Dabei wird das Wohngebiet zwischen Sudetenlandstraße und Schwarzlachweg berührt. Die südliche Verbindung führt entlang des innerstädtischen Verlaufs der Wieseck bis zu deren Mündung. Angrenzende Straßenräume und Plätze erhalten ganz im Sinne des Agenda-Projektes „Wieseck-Fluss“ eine deutliche Aufwertung. Ein zentraler fußläufiger Korridor verbindet die Kernzonen über innerstädtische Straßen und Plätze, den Botanischen Garten und andere Grünanlagen.

Ein zentrales städtebauliches Anliegen ist, die Lahn und die Wieseck stärker in das Stadtleben zu integrieren. Bisher durch die Lahn und die Bahn getrennte Bereiche sollen zusammengeführt werden. Wie sieht nun das weitere Vorgehen aus: Als nächsten Schritt wird ein Wettbewerb unter Federführung von Landschaftsarchitekten und Städteplanern durchgeführt, der auf der Konzeption der Machbarkeitsstudie fußt. Für die Durchführung des Wettbewerbs sind im Jahre 2008 Mittel in Höhe von 100.000 Euro notwendig. Insgesamt strebt die Stadt an, nicht mehr als 20 Millionen Euro auszugeben. Der Magistrat geht dabei von einer Zielmarke von rund 18 Millionen Euro Investitionskosten und einem städtischem Zuschuss zum Durchführungshaushalt in Höhe von 2,6 Millionen Euro aus. Die geschätzten Kosten für die eigentliche Schau in 2014 liegen bei derzeit 9 bis 10 Millionen Euro. Dabei rechnen wir mit einer Zahl von 700.000 Besucherinnen und Besuchern mit einem durchschnittlichen Eintrittspreis von 8 Euro und damit einer Einnahme von 5,6 Millionen Euro. Weiterhin rechnen wir mit Sponsorengeldern in Höhe von ca. 1 Million Euro. Das ergibt die Notwendigkeit, einen städtischen Zuschuss zum Durchführungshaushalt von 2,6 Millionen Euro vorzusehen. Diesen Zuschuss wollen wir nicht erst im Nachhinein nennen. Die Erfahrungen anderer Landesgartenschauen zeigen, dass nachträglich geführte politische Diskussionen um ein Minus in der Stadtkasse häufig die eigentlich positiven Wirkungen von Landesgartenschauen überlagern.

Das es schöner wäre, wenn ich Ihnen heute konkretere Zahlen nennen könnte, will ich nicht bestreiten. Es geht aber nicht. Eine valide Finanzierungsplanung kann ich Ihnen erst nach der Durchführung des Wettbewerbs nennen, wenn wir robuste Zahlen für die Maßnahmen vorliegen haben. Und wenn wir entscheiden, welche Projekte wir tatsächlich durchführen, welche Prioritäten wir setzen, was wir unabdingbar umsetzen müssen und was vielleicht wünschenswert, aber nicht finanzierbar ist, und welche Projekte wir vielleicht noch zusätzlich durchführen, wenn sich die Finanzlage der Stadt durch höhere Einnahmen deutlich verbessert. Aber einen Finanzplan und eine Prioritätenliste können wir eben erst erstellen, wenn wir den Wettbewerb durchgeführt haben.

Meine Damen und Herren, besonders beim Endspurt zur Bewerbung Landesgartenschau haben sich breite gesellschaftliche Kreise engagiert und dafür eingesetzt, dass wir den Zuschlag bekommen. Entscheidungsträger der gesamten Region haben sich geäußert. Dabei ist der Flyer ‚Auf zu neuen Ufern. Ein lautes ‚Ja‘ der Gießener Bevölkerung zur Landesgartenschau 2014 in der Stadt an der Lahn‘ entstanden. Ich zitiere: ‚In beeindruckender Zahl tausender Gießener Bürger in Einzelerklärungen oder, repräsentiert durch Präsidenten und Vorsitzende vieler Gießener Institutionen, unterstreicht die Bevölkerung der mittelhessischen Universitätsstadt, dass man mit **Kraft und Leidenschaft** die Bewerbung der Stadt Gießen zur Landesgartenschau 2014 unterstützen möchte.‘ Der Präsident der Justus-Liebig-Universität, der Präsident der Industrie- und Handelskammer, der Sprecher der Lokalen Agenda-Gruppe ‚Stadt mit Flair‘, der Vorsitzende des Kreisverbandes für Obstbau, Garten und Landschaftspflege und die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD, Grünen, FDP und FW. Sie alle haben ihrer Begeisterung Ausdruck verliehen und in diesem Poster dafür geworben, dass Gießen den Zuschlag bekommt.

*Sehr geehrte Stadtverordnete, der Erfolg dieser Landesgartenschau wird davon abhängig sein, wie die Entscheidungsträger dieser Stadt sich das Projekt Landesgartenschau zu Eigen machen. Wenn es uns gelingt, eine Aufbruchstimmung zu erzeugen. Wenn es uns gemeinsam gelingt, die Potenziale dieser Stadt zu erkennen und erlebbar zu machen. Wenn wir nicht permanent auf die Dinge starren, die tatsächlich, oft aber auch nur vermeintlich negativ sind. Es geht darum, die positiven Dinge in den Vordergrund zu stellen. Zu einer nachhaltigen Verbesserung des Images unserer Stadt gehört **auch** und an allererster Stelle, dass wir als politische Verantwortliche an die Entwicklungschancen dieser Stadt glauben. Deshalb bitte ich Sie um begeisterte und leidenschaftliche Zustimmung zu dieser Vorlage.“*

Stv. Schirmer stellt für die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag, der Punkt 4. der Magistratsvorlage ersetzen solle. **Er lautet wie folgt:**

„Der Gesamtkostenplan wird zu den Haushaltsplanberatungen für 2009 vom Magistrat vorgelegt.“

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Stv. Beltz, Möller, Zippel, Janitzki, Dr. Deetjen, Scherer, H. Geißler und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Die SPD-Fraktion beantragt, getrennte Abstimmung für die Magistratsvorlage.

Beratungsergebnis:

- Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/2 LINKE; StE: 2 LINKE).
- Punkt 1. der Vorlage STV/1621/2008 wird einstimmig beschlossen.
- Punkt 2. der Vorlage STV/1621/2008 wird einstimmig beschlossen.
- Punkt 3. der Vorlage STV/1621/2008 wird einstimmig beschlossen (Ja: CDU/GR/LINKE/FDP/FW; StE: SPD).
- Punkt 4. der Vorlage STV/1621/2008 wird einstimmig beschlossen (Ja: CDU/GR/LINKE/FDP/FW; StE: SPD).

9. Umgestaltung der Bahnhofstraße von der Neustadt bis zur Westanlage STV/1635/2008
hier: Projektgenehmigung des Gestaltungsentwurfes
- Antrag des Magistrats vom 08.04.2008 -

Antrag:

„Dem Ergebnis der Anregungen und Stellungnahmen aus der Bürgerbeteiligung wird beigetreten und auf der Basis der vorliegenden Planung mit Kostenberechnung wird der Umgestaltung der Bahnhofstraße (Neustadt bis Westanlage) zugestimmt.“

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, **stellt für die SPD-Fraktion folgenden Ergänzungsantrag:**

„Der Beschluss über die Bepflasterung wird erst dann getroffen, wenn eine Entscheidung über ein mögliches Beleuchtungskonzept getroffen worden ist.“

Stv. Scherer stellt für die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP **den nachstehenden Ergänzungsantrag:**

„Über Qualität und Farbe des Pflasters für die Fußgängerzone wird durch die Stadterordnetenversammlung gesondert entschieden.“

Hierzu beantragt **Stv. H. Geißler**, FW-Fraktion, die Worte „für die Fußgängerzone“ **zu streichen**, da es sich bei der Bahnhofstraße um keine Fußgängerzone handele.

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Grabe-Bolz, Scherer, Janitzki, Möller, Dr. Deetjen, Merz, Walldorf, H. Geißler, Eibelshäuser und Stadtrat Rausch.

Beratungsergebnis:

- Der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE; StE: FW).
- Der Änderungsantrag des Stv. H. Geißler zum Ergänzungsantrag der Koalition wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD/LINKE/FW; Nein: CDU/FDP; Nichtteilnahme: GR).
- Die Magistratsvorlage STV/1635/2008 mit dem so geänderten Ergänzungsantrag der Koalition wird einstimmig beschlossen.

Die Sitzung wird von 20:20 Uhr bis 20:50 Uhr für eine Pause unterbrochen.

10. Bedingungen der Stadt Gießen zur Veräußerung von Grundstücken zum Zwecke der Wohn- und Gewerbebebauung **STV/1636/2008**
- Antrag des Magistrats vom 08.04.2008 -

Antrag:

„Als Ziffer 1. wird nach der Überschrift folgender Text eingefügt:

„Die Universitätsstadt Gießen wendet die nachfolgenden Veräußerungsbedingungen in der Regel an. Der Magistrat ist ermächtigt, in geeigneten Ausnahmefällen ganz oder teilweise von ihnen abzuweichen.“

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, die Magistratsvorlage wie folgt zu ergänzen:

„Die Universitätsstadt Gießen wendet die nachfolgenden Veräußerungsbedingungen in

der Regel an. *Der Magistrat wird ermächtigt, in begründeten Ausnahmefällen ganz oder teilweise von diesen Richtlinien abzuweichen. Der Stadtverordnetenversammlung ist mitzuteilen, ob und ggf. in welchen Punkten von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht werden soll.*"

Beratungsergebnis:

Die so geänderte/ergänzte Magistratsvorlage wird einstimmig beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; StE: Linke/BLG).

Teil B (Anträge der Fraktionen, die *ohne* Aussprache abgestimmt werden):

**11. Umzug des Landratsamtes Gießen STV/1622/2008
- Antrag der FW-Fraktion vom 07.04.2008 -**

Antrag:

- „1. Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, über die geführten Gespräche und Verhandlungen mit den Verantwortlichen des Landkreises Gießen über die zukünftige Nutzung der freiwerdenden Flächen nach Auszug des Landratsamtes an der Ostanlage - vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung des Gießener Kreistages - zu berichten.
2. Der Magistrat soll sich intensiv um eine möglichst schnell zu realisierende einvernehmliche Lösung mit dem Kreis Gießen bemühen mit dem Ziel, einen längeren Leerstand der freiwerdenden Gebäude zu verhindern.
Dabei ist die freiwerdende Fläche auch unter Berücksichtigung der geplanten Gießener Projekte am Berliner Platz (z.B. Kino, Hotel) zu betrachten.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

**12. Ausstehender Bericht zu den Sprach- und Integrationsangeboten für Migrantinnen und Migranten STV/1654/2008
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, den einstimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 08.02.2007 zu Sprach- und Integrationsangeboten für Migrantinnen und Migranten, auszuführen, d. h. dafür zu sorgen, dass der Bericht bis zu den Sommerferien vorliegt. Wie in dem Antrag festgelegt, soll der Bericht Aussagen darüber enthalten, welche Sprach- und Integrationsangebote es in Gießen gibt, ob diese den verschiedenen Zugängen der Betroffenen gerecht werden und inwieweit die Angebote stärker mit der städtischen Gemeinwesenarbeit verknüpft werden müssten.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

13. Entwicklung der Gießen Marketing GmbH **STV/1659/2008**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 -

Antrag:

„Bereits kurz nach ihrer Gründung ist die Gießen Marketing GmbH in Turbulenzen geraten, die durch Kontroversen um die Besetzung der Stelle des Geschäftsführers/der Geschäftsführerin ausgelöst wurden. Diese Kontroverse hatte schwere Zerwürfnisse innerhalb eines Gesellschafters und zwischen den Gesellschaftern zur Folge.

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat gebeten, zum nächstmöglichen Zeitpunkt umfassend der Stadtverordnetenversammlung über die aktuelle Lage und Zukunftsperspektiven der Gießen Marketing GmbH zu berichten.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

14. Ergänzung Stellplatzsatzung **STV/1663/2008**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 14.04.2008 -

Antrag:

„Die Stellplatzsatzung der Universitätsstadt Gießen soll um Abstellplätze für Fahrräder ergänzt werden. Dabei sollen auch Mindeststandards für die Qualität der Abstellplätze formuliert werden.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

15. Nachhaltiges Beschaffungswesen **STV/1664/2008**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 14.04.2008 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen möge prüfen, inwieweit das Prinzip der Nachhaltigkeit im Beschaffungswesen der Stadtverwaltung erweitert werden kann. Es soll geprüft werden, für welche weiteren Bereiche des Einkaufs ökologische und faire Kriterien - unter Berücksichtigung des Vergaberechts und der Wirtschaftlichkeit (möglichst kostenneutral in der Gesamtrechnung eines Produktes) - angewendet werden können.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

Teil C (Anträge der Fraktionen, die *mit* Aussprache behandelt werden):

16. Dach-Café **STV/1643/2008**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 -

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, in Absprache mit der Wohnbau GmbH zu berichten:

1. Wie konnte es geschehen, dass nach Angaben der Gießener Tagespresse der Pächter des Dach-Cafés mindestens ein Jahr keine Miete gezahlt hat?
2. Welche Kosten werden dadurch bei der Wohnbau zu verbuchen sein?
3. Wird insgesamt mit den Mietern der Wohnbau in der gleichen Weise umgegangen?

Die Beantwortung dieser Fragen liegt im Interesse der Steuerzahler.“

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: LINKE/BLG).

17. Gießen-Pass **STV/1645/2008**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, dafür zu sorgen, dass für Gießen-Pass-Inhaber kostenlos städtische Flächen zur Verfügung gestellt werden, die wie Grundstücke in Kleingartenanlagen genutzt werden können. Den Nutzern werden außer dem allgemein gültigen rechtlichen Rahmen keine Beschränkungen über Bepflanzung und Anbau auferlegt.“

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: LINKE; StE: BLG).

18. Freilandversuch mit "Gen-Gerste" **STV/1649/2008**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt den durch den breiten Protest der Bevölkerung erzwungenen Abbruch der Sortenprüfung von gentechnisch veränderten Mais in Rauschholzhausen und fordert den Magistrat auf, sich mit der Bitte an die Leitung der Justus-Liebig-Universität zu wenden,

- den diesjährig geplanten Freilandversuch mit gentechnisch veränderter Gerste auf dem Gebiet der Universitätsstadt Gießen eindeutig - auch durch entsprechende Mitteilung an die Genehmigungsbehörde - zu beenden und

- auf die Fortsetzung dieses Versuches auch in den kommenden Jahren endgültig durch eine verbindliche öffentliche Erklärung zu verzichten.“

Die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP stellen folgenden Initiativantrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen ist sich der Bedeutung der Agrarwissenschaften als Teil des Forschungsschwerpunktes Lebenswissenschaft an der Justus-Liebig-Universität bewusst. Die Stadt will in Kooperation mit der Universität ihren Beitrag dazu leisten, diesen Schwerpunkt weiter auszubauen.

Es bestehen jedoch bei einem großen Teil der Bewohnerinnen und Bewohner Gießens Bedenken in Bezug auf Freilandversuche mit genveränderten Pflanzen. Diese Bedenken und Ängste nehmen wir sehr ernst und wollen ihnen Rechnung tragen.

Die Sicherheitsforschung oder die Erforschung der Entstehung von Krankheitsmechanismen, z. B. anhand von transgenen Selbstbestäubern wie Gerste sind jedoch wichtige Forschungsziele, die primär der Risikoanalyse dienen. Hier leistet die Gießener Universität einen wichtigen Beitrag zur Sicherheitsforschung.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich jedoch gegen Freilandversuche außerhalb der Sicherheitsforschung mit gentechnisch veränderten nichtselbstbestäubenden Pflanzen auf dem Gebiet der Universitätsstadt Gießen aus. Die Risiken von Auskreuzungen sind derzeit im Verhältnis zu möglichen Vorteilen zu groß und zum Teil unkalkulierbar.

Der Magistrat wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass ein Anbau transgener Pflanzen zu kommerziellen Zwecken auf dem Gebiet der Universitätsstadt Gießen nicht stattfindet, da dies aufgrund der Nutzen-Risiko-Abschätzung nicht zu rechtfertigen ist.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Janitzki, Scherer, Zippel, Dr. Deetjen, Sauer, Prof. Dr. Christidis und Beltz.

Aufgrund einer gemachten Aussage des Stv. Prof. Dr. Christidis gibt **Stv. Dr. Deetjen**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, folgende persönliche Erklärung zu Protokoll: *„Herr Prof. Dr. Christidis hat gesagt, heute am 08.05., über Versuche mit Patienten zu reden, ist sehr gefährlich. Mag ich ihm Recht geben. Ich bitte, dass Herr Prof. Dr. Christidis das zurück nimmt und sich dafür entschuldigt, weil es in keinem Zusammenhang stand. Ich habe von Versuchen geredet, wie ich weiter über Versuche reden werde, habe neben der grünen Gentechnik auch die rote Gentechnik genannt. Und ich als Mediziner habe auch damit kämpfen müssen und habe sie auch, zum Leidwesen manch anderer, abgelehnt, das kann ich in Verantwortung für die Patienten nicht tun. So, und dann kommen Sie und bringen das in Verbindung wenn ich einmal über Patienten rede, die dafür dankbar sind, dass wir Gentechnik veränderte Substanzen haben, um Krankheiten zu heilen. Zum anderen rede ich von Versuchen, die im Bereich der grünen Gentechnik durchgeführt werden. Es ist so eklatant, so eindeutig, und deshalb habe ich da gar kein Problem und erwarte, dass Sie das*

zurücknehmen. Sie haben das sicher missverstanden, dass hier keinerlei Verbindung besteht. Ich in keiner Weise, komme mir eigentlich blöd vor, dass hier sagen zu müssen, aber ich muss sagen, da muss ich mich sehr beherrschen, Herr Prof. Dr. Christidis, bei einer solchen Unverschämtheit. Wenn nicht, werde ich andere Wege gehen, wenn Sie das jetzt nicht zurücknehmen. Das haben wir alles hier im Protokoll, können wir uns alle anhören, was ich gesagt habe. Ich bitte Sie darum, dass sofort gerade zu stellen.“

Antwort Stv. Prof. Dr. Christidis, Die Linke.Fraktion: „Herr Dr. Deetjen, es war nicht die Unterstellung, dass Sie irgendwelche Versuche mit Patienten vor hätten. Ich hatte nur gemeint, dass es stillos ist an einem solchen Tag nicht zu bedenken, dass Menschen zu Schaden kommen oder evtl. zu Schaden kommen, in dem man im Sinne der Wissenschaftsfreundlichkeit alles zulässt, was andere für schädlich halten. Es sollte Sie nicht persönlich treffen, wenn es das getan hat, dann tut es mir sehr leid. Aber es ist nicht so, dass ich jetzt freimütig reden könnte über dieses Thema, in diesem Ton.“

Beratungsergebnis:

- Der Initiativantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wird einstimmig beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW/BLG; StE: LINKE).
- Der Antrag, STV/1649/2008, wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/BLG).

**19. Kinderbetreuung STV/1646/2008
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 -**

Antrag:

Krippen, Krabbelgruppen, Kitas und Kindergärten werden in Zukunft nicht an „freie Träger“ übergeben, sondern in der Verantwortung der Stadt Gießen geführt. Beschlüsse dazu werden nach Empfehlung des Jugendhilfeausschusses in der Stadtverordnetensitzung gefasst.

Stv. Bietz stellt für die SPD-Fraktion folgenden Ergänzungsantrag:

„Über die Vergabe von städtischen Kitas an einen freien Träger entscheidet nach Empfehlung und Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss ab sofort das Parlament“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Beltz, Wagener, Grothe, Dr. Greilich, Merz und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

- Der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/BLG).
- Die Vorlage STV/1646/2008 wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: LINKE; StE: BLG).

20. Antrag zum Gedenken an Georg Büchner anlässlich des 175. Jahrestages seines Aufenthaltes in Gießen **STV/1648/2008**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, durch welche Aktivitäten er in diesem und im nächsten Jahr den 175. Jahrestag des Studienaufenthalts von Georg Büchner in Gießen gebührend gedenken will.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, zwei Gedenktafeln für Georg Büchner an oder vor den Häusern Seltersweg 19 und 73 anzubringen und die Tafel am Haus Seltersweg 46 zu entfernen. Die Enthüllung der Gedenktafeln sollte in einer öffentlichen Veranstaltung - möglichst Ende Oktober 2008 - erfolgen.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Janitzki, Scherer und Stadtrat Dr. Kaufmann.

Beratungsergebnis:

- Ziffer 1. wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE/BLG; StE: FW).
- Ziffer 2. wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: LINKE/BLG).

21. Verkehrsversuch in Wieseck **STV/1651/2008**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 -

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, bei der geplanten Verkehrszählung vor und während des Verkehrsversuchs Martha-Mendel-Weg zusätzlich durch Verkehrszählung festzustellen, ob sich durch eine dauerhafte Sperrung der Brücke am Martha-Mendel-Weg der Verkehr über die Philosophenstraße verringert.“

Der Antrag wurde zu Beginn der Sitzung wegen „Unzulässigkeit“ gem. § 26 Abs. 6 GO von der Tagesordnung abgesetzt.

- 22. Antrag zur Formulierung der Tagesordnungspunkte in nicht öffentlichen Sitzungen** **STV/1652/2008**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 -
-

Antrag:

„Der Stadtverordnetenvorsteher wird gebeten, bei der Erstellung der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung die Tagesordnungspunkte genau und ausführlich zu formulieren, welche er zur Behandlung in nicht öffentlicher Sitzung vorsieht. Zum Beispiel sollte bei einer Ausfallbürgschaft oder bei einem Kredit der Adressat und der Umfang genannt werden. (Der erste Teil wurde bei der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung zum 06.07.2006 erfüllt.)“

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, begründet den Antrag.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: LINKE/BLG).

- 23. Weiterer Raum für die Georg-Büchner-Schule** **STV/1655/2008**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 -
-

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert, zu prüfen, ob zum Beginn des nächsten Schuljahres der Georg-Büchner-Schule ein weiterer Raum zur Verfügung gestellt werden kann, damit die Schule endlich über eine Aula verfügt.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. D. Geißler und Wagener.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/BLG).

- 24. Stadtwerke Gießen GmbH - Personalüberleitungsvertrag** **STV/1657/2008**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 -
-

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert an dem Personalüberleitungsvertrag zur sozialverträglichen Regelung der Rechtsformänderung der Stadtwerke Gießen festzuhalten.“

Stv. Merz erklärt, die SPD-Fraktion, ändert die Vorlage STV/1657/2008 wie folgt:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen appelliert an den

Magistrat, an dem Personalüberleitungsvertrag zur sozialverträglichen Regelung der Rechtsformänderung der Stadtwerke Gießen festzuhalten.“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

**25. Sportentwicklungsplanung Stadt/Landkreis STV/1658/2008
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird damit beauftragt, mit dem Landkreis Gießen mit dem Ziel in Kontakt zu treten, einen gemeinsamen Sportentwicklungsplan zu erstellen und bei dabei die Sportkommissionen von Stadt und Landkreis Gießen mit einzubeziehen. In diesem Sportentwicklungsplan sollen Leitziele einer bedarfsgerechten, zukunftsweisenden und nachhaltigen kommunalen Sportentwicklung unter Berücksichtigung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem enthalten sein.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Schmidt, Dr. Greilich, H. Geißler und Oberbürgermeister Haumann.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/FW/BLG; StE: LINKE).

**26. Entwicklung eines Museumskonzeptes zur Geschichte der STV/1661/2008
Stadt Gießen als Garnisonsstadt
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 14.04.2008 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, ein Museumskonzept zur Geschichte der Stadt Gießen als Garnisonsstadt zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Stv. Dr. Krautheim, SPD-Fraktion, stellt folgenden Änderungsantrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, ein Museumskonzept zur Geschichte der Stadt Gießen als Garnisonsstadt **im Rahmen eines erneuerten Gesamtkonzeptes für die Abteilung für Stadtgeschichte und Volkskunde des Oberhessischen Museums** zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.“

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Stv. A. Greilich, Möller, Zippel, Prof. Dr. Christidis und Stadtrat Dr. Kaufmann.

Beratungsergebnis:

- Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/BLG).
- Der Antrag STV/1661/2008 wird einstimmig beschlossen (Ja: CDU/GR/FDP/FW; StE: SPD/LINKE/BLG).

**27. Berichts Antrag zu den Magistratsgehältern STV/1642/2008
- Antrag der FW-Fraktion vom 13.04.2008 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung umfassend und detailliert über das Zustandekommen des Aufstiegs der Gehälter der hauptamtlichen Magistratsmitglieder in die nächst höhere Besoldungsgruppe zu berichten.“

An der kurzen Aussprache beteiligen sich die Stv. Merz, Möller und Oberbürgermeister Haumann.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**27.1. Neueingruppierung der hauptamtlichen Mitglieder des STV/1660/2008
Magistrats der Universitätsstadt Gießen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 -**

Antrag:

„Durch Berichte in der heimischen Presse wurde bekannt -und auch mittlerweile vom Magistrat bestätigt -, dass die derzeitigen hauptamtlichen Mitglieder des Magistrats als Folge vorgelegter Einwohnerzahlen (mit Stichtag 30. Juni 2008) in ihrer Eingruppierung gem. Bundesbesoldungsordnung um jeweils eine Stufe angehoben werden.“

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat aufgefordert, zu folgenden Fragen zu berichten:

1. Aus welchen Rechtsvorschriften ergibt sich die Verpflichtung zur Vorlage von Einwohnerzahlen an den Regierungspräsidenten (oder ggf. an andere Stellen)
 - a) für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen
 - b) für die Festlegung der Eingruppierung der hauptamtlichen Magistratsmitglieder?
2. Zu welchen Stichtagen werden die jeweiligen Zahlen von wem ermittelt, an welchen Stichtagen müssen sie an den Regierungspräsidenten (oder ggf. an andere Stellen) weiter gegeben werden?
3. Wer ist für die Ermittlung der Zahl der außerhalb von Kasernen wohnenden

Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte verantwortlich?

4. Bestanden seitens des Magistrats Bedenken bezüglich der Validität der konkret gemeldeten Zahlen, insbesondere hinsichtlich der tatsächlichen Zahl der in Gießen sich außerhalb von Kasernen aufhaltenden Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte?
5. Wer hat die Einwohnerzahlen wann an den Regierungspräsidenten weiter geleitet?
6. Aus welchen Rechtsvorschriften ergibt sich ein zwingender Zusammenhang aus den vorgelegten Stichtagszahlen und der Eingruppierung der hauptamtlichen Mitglieder des Magistrats und wer legt fest, dass die Rechtsfolge der Höhergruppierung eintritt?
7. War sich der Magistrat dieser Rechtsfolge bewusst als er die Einwohnerzahlen an den Regierungspräsidenten weiter geleitet hat und wurde der Regierungspräsident möglicherweise auf diesen Sachverhalt explizit hingewiesen?
8. Wann wurde von wem mitgeteilt, dass aufgrund der vorgelegten Einwohnerzahlen eine Höhergruppierung stattfinden kann bzw. ggf. stattfinden muss?
9. Besteht eine rechtliche Möglichkeit, die Rechtsfolge der Höhergruppierung noch abzuwenden?
10. Ab wann wird die Höhergruppierung, für den Fall ihrer Unabwendbarkeit, wirksam?
11. Welche Mehrkosten bei der Besoldung werden durch die neue Eingruppierung pro Haushaltsjahr entstehen?
12. Welche Mehrkosten werden für die gesamte Amtszeit der derzeitigen hauptamtlichen Mitglieder des Magistrats entstehen (berechnet für den Fall, dass diese nur ihre derzeitige Amtszeit beenden und keine weitere stattfindet)?
13. Welche Mehrkosten werden (ebenfalls abgestellt auf den unter 12. skizzierten Fall) zukünftig im Bereich der Versorgungsbezüge entstehen?"

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

28. Verschiedenes

- **Stadtverordnetenvorsteher Gail** informiert, dass die nächste Stadtverordnetensitzung am **19.06.2008, 18:00 Uhr**, stattfindet.
- Weiter teilt er mit, dass am Dienstag, **17.06.2008**, eine Schulungsveranstaltung für die Mandatsträger zum Thema „Doppik“ stattfindet. Eine schriftliche Einladung werde in den nächsten Tagen erfolgen.
- **Stv. Janitzki**, Die Linke.Fraktion, bedankt sich bei der Kämmerei, für den nun vorgelegten Bericht über die wesentlichen Ergebnisse der Jahresrechnung 2007. Er möchte jedoch wissen, wieso der Gesamtschuldenstand der Stadt per 31.12.2007 187,3 Mio. Euro beträgt, obwohl Herr Stadtrat Dr. Kölb in der HFWR-Ausschusssitzung im November 2007 von einem

Schuldenstand in Höhe von 185 Mio. Euro gesprochen habe.

- **Stv. Kraushaar-Hoffmann**, SPD-Fraktion, fragt, warum den Stadtverordneten keine Einladung zur Veranstaltung „Land und Kommunen Hand in Hand für eine gute Integration“ am 11.04.2008 in Wetzlar zugegangen sei.

Oberbürgermeister Haumann entschuldigt sich, das sei ein Versehen gewesen und keine Absicht. Sollte eine Wiederholung dieser Veranstaltung stattfinden, werden die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats selbstverständlich eingeladen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) G a i l

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) K n o t h